



Antrag

der Fraktion der FDP

Bezahlbaren Wohnraum schaffen - Kostenbremse statt Mietpreisbremse

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass die Mietpreisbremse kein geeignetes Instrument ist, um in angespannten Wohnungsmärkten für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Die Mietpreisbremse verhindert weder einen generellen Anstieg der Mieten noch entlastet sie einzelne finanzschwache Mieter.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, die Mietpreisverordnung zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten gemäß § 556 d Absatz 2 BGB zurückzunehmen und sich auf Bundesebene für eine Abschaffung der Mietpreisbremse einzusetzen.
- III. Der Landtag stellt fest, dass in den Wohnbereichen mit sehr hoher Nachfrage nur zusätzliches Angebot für den bezahlbaren Wohnraum sorgen kann, der dort benötigt wird. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, gemeinsam mit den Kommunen dafür zu sorgen, dass im Bereich der Zentren mehr Gebiete zur Schaffung neuen Wohnraums ausgewiesen, Baugenehmigungen schneller erteilt und unnötige bürokratische Hemmnisse konsequent abgebaut werden. Des Weiteren soll insbesondere im städtischen Bereich durch Verdichtungen und Aufstockungen sowie Umnutzungen des Gebäudebestands zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden.
- IV. Der Landtag spricht sich für eine Kostenbremse bei Steuern, Abgaben und bürokratischen Auflagen im Bereich des Wohnens aus, was auch für die sogenannte zweite Miete gelten soll.

Christopher Vogt
und Fraktion